

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abgabe 10 Pf. für den Postboten. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: 10 Pf. für den Postboten. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben. Einzelnummern werden zu jeder Zeit bezogen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen drückt kein Anspruch auf Verlangung der Zeitung über die Bezugspreise. — Abbestellung einzelner Schichten erfolgt nur, wenn Vorzeit befristet.

Angabenpreis: Die 4 geteilte Kammer 20 Halbpennig, die 4 geteilte Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die 2 geteilte Reklametexte im täglichen Teil 100 Halbpennig. Radikalungsgebühr 20 Halbpennig. Werbung nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Nachrichten wird durch die Stellung der Rubriken ausgedrückt. Jeder Rubrikentwurf ist richtig, wenn der Betrag durch die Rubrik angegeben ist. Rubriken werden nicht angenommen, wenn sie nicht durch die Rubrik angegeben sind.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Rostitz.

Nr. 40. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 17. Februar 1927

## Die Pläne des Reichsfinanzministers.

Auf Grund persönlicher Erklärungen des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler gewann einer unserer Mitarbeiter die Möglichkeit, den folgenden Überblick über die der Reichsfinanzpolitik in nächster Zeit harrenden Aufgaben zu geben. Die Mitteilungen werden bekräftigt durch die Darlegungen Dr. Köhlers im Reichstag.

Nachdem die Regierungskrise beendet und das neue Kabinett unter Dach und Fach gebracht ist, nachdem die dringende Aufgabe des Augenblicks, nämlich die Arbeitslosenversicherung, der Ausdehnungsberatung des Reichstages überwiesen worden ist, begibt sich das Reichsministerium daran, endlich den Etat festzulegen. Neue Männer sind es, die ihre verschiedenen Ämter vor dem Reichstag zu vertreten haben. An ihrer Spitze steht der Reichsfinanzminister Dr. Köhler, in dessen Händen Deutschlands Sorgenkind, nämlich das Finanzwesen, liegt.

Es ist unbestreitbar, daß dringende finanzpolitische Aufgaben der Gegenwart leider noch immer ihrer Erledigung harren, und Dr. Köhler betrachtet es als seine nächste Aufgabe, nicht bloß schleunigst an eine Vereinfachung des Steuerwesens heranzugehen, sondern auch, was nicht minder wichtig ist, an die Vereinfachung der Steuerverwaltung. Dabei gibt es aber eine Voraussetzung: die Neuordnung des Finanzausgleichs, die unbedingt bis zum 1. April 1927 erfolgen muß. Trotz der großen Steuerreform des Jahres 1925 und der seitdem immer zahlreicher auftauchenden finanziellen Streitigkeiten und Unklarheiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden hat man sich an die überaus schwierige Aufgabe dieses Finanzausgleichs noch nicht so recht herangetraut, ihre endgültige Lösung vielmehr bis zum 1. April verschoben. Die Lösung wird aber zu einer immer drängender werdenden Aufgabe, weil für Reich, Länder und Gemeinden die letzten Jahre 1924-25 vorbei sind und das Reich jetzt auch die gesamten Überschüsse seiner Jahre verbraucht hat. Es soll hier nicht untersucht werden, ob nicht manche Gemeinde an ihrer augenblicklichen finanziellen Not mitschuldig ist — aber die Not ist nun einmal da und schlimmer vielleicht noch ist die Ungewißheit über das, was auf Länder und Gemeinden zukünftig zu rechnen haben. Sind aber erst einmal diese Dinge geordnet, dann wird es auch eher möglich sein, zu einer Reform und zu einer Vereinfachung des Steuerwesens und der Steuerverwaltung zu schreiten.

Aber noch eine andere Pflicht liegt dem neuen Finanzminister am Herzen und diese erscheint ihm als nicht minder wichtig. Es hat sich in Deutschland selbst, aber auch, was viel schlimmer ist, im Ausland vielfach die Ansicht entwickelt, daß wir durchaus in der Lage seien, die Verpflichtungen zu tragen, die uns der Dawes-Plan auferlegt. Immer wieder geben maßgebende Kreise des Auslandes, namentlich in letzter Zeit, den stärksten Ausdruck, ohne zu überlegen, daß die Tragung dieser Last während der zwei ersten Jahre der Durchführung des Planes im wesentlichen dadurch ermöglicht wurde, daß erst am 1. September 1927 die Reparationsverpflichtungen zu einer bedrohlichen Höhe aufsteigen. Im Laufe der kommenden Zeit werden sie noch viel höher emporschnellen. Die deutsche Regierung ist aber der Ansicht, daß die Lasten getragen werden können. Wahrscheinlich aber nur so, daß lebenswichtige Aufgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden darunter leiden. Was das bedeutet, kann man sich denken. Darum sind die vagen Hoffnungen auf leichte Tragbarkeit eine schwere Gefahr, zudem das Kabinett sich leider nicht verheißt, daß kaum Vorbereitungen dazu getroffen sind, die Tragung der Last zu ermöglichen. Wenig ist auch geschehen, um den falschen Ansichten bei uns und den anderen entgegenzutreten, also auf die Notwendigkeit einer Milderung der Reparationslasten hinzuwirken. Das soll nun mit allem Nachdruck nachgeholt werden. Darüber ist sich das Gesamtkabinett völlig einig, wie überhaupt über die Linien unserer zukünftigen Finanzpolitik. Das deutsche Volk muß ein wirklich klares Bild von unserer gegenwärtigen und Zukunftslage erhalten.

Neben diesen beiden größten Aufgaben spielen noch andere eine zwar wichtige, aber doch demgegenüber untergeordnete Rolle. So die noch längst nicht beendeten Auseinandersetzungen über die Aufwertungsfragen und die Entschädigung der Deutschen, die im Ausland ihr Vermögen verloren haben. Man sieht also, daß das Amt, das der neue Finanzminister übernommen hat, eine nicht gerade leichte Bürde bedeutet, daß vielmehr seiner und der Volkswirtschaft recht schwere Aufgaben harren.

## Die russisch-englische Spannung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
London, 17. Februar. Wie in unterrichteten englischen Kreisen verlautet, ist das Kabinett zurzeit mit der Frage der eng-russischen Beziehungen stark beschäftigt. Während einige Minister nur die Aufhebung des russischen Handelsvertrages fordern, denken andere sogar an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Da eine einseitige Meinung des Kabinetts heute noch nicht zustande kommen kann, dürfte vorläufig die englische Außenpolitik keine Änderung erfahren.

## Foch und Debeney über den Stand der deutschen Abrüstung.

Paris, 16. Februar. Ministerpräsident Poincaré und Kriegsminister Poinlevé erschienen heute nachmittag in Begleitung des Reichsrats Foch und des Generalstabschefs der französischen Armee Debeney in der Armeekommission der Kammer. Poincaré wies auf die Bedeutung der Armeereorganisationsgesetze hin, deren dringliche Beratung durch die Kammer er verlangen werde. Der Präsident der Kommission versicherte, daß die Beratung der Armeereorganisationsgesetze am 27. Februar in Angriff genommen werden können. Marschall Foch und Generalstabschef Debeney gaben hierauf umfassende Erklärungen über den Stand der deutschen Abrüstung und insbesondere über die letzten deutsch-alliierten Abmachungen in der Frage der Ostbesetzungen ab. Die Tatsache, daß Kriegsminister Poinlevé von Poincaré, Foch und Debeney begleitet wurde, soll darauf zurückzuführen sein, daß die Reichsparteien der Kammer die deutsch-alliierten Vereinbarungen über die Ostbesetzungen zum Anlaß nehmen wollten, um einen Vorstoß gegen die Briandische Annäherungspolitik zu versuchen. Poincaré wollte durch sein persönliches Erscheinen und durch die Anwesenheit der Sachverständigen vermeiden, daß Poinlevé in eine heisse Situation gerate. In parlamentarischen Kreisen erklärte man, daß Poincaré mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit der Beratung der Armeegesetze die Debatte über die Wahlreform für die nächste Zeit abgeblasen hat.

## Gegen den Abbau der Befehung.

Rundgebung der französischen Patriotenliga.  
Die Patriotenliga in Frankreich hat eine Rundgebung zugunsten der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung abgehalten. Nach dem „Echo de Paris“ vertrat sämtliche Redner den Standpunkt, daß die Befestigung der Rheinlande das beste Sicherheitsopfer Frankreichs sei. Der erste Redner Michelin beschäftigte sich insbesondere mit dem Gastrieg der Zukunft, behauptete, daß man ihn in Deutschland vorbereite, und forderte, daß Frankreich seinerseits sich darauf einrichte und für jedermann, also für die gesamte Zivilbevölkerung Gasmasken aufstellen lasse. Dann sprachen zwei Generale. General Hirschauer betonte, solange Frankreich am Rhein stehe, sei der Friede gesichert, da Deutschland den Krieg auf seinem Gebiet nicht haben wolle. Hierauf ergriff der ehemalige Kriegsminister Maginot das Wort. Er äußerte sich in gleichem Sinne wie General Hirschauer und schloß, um den Frieden zu gewinnen, müsse Frankreich eine Armee haben, die, wenn nötig, in der Lage wäre, dem Gegner Haltung vor dem Frieden aufzuzwingen.  
Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Die Mitglieder der Patriotenliga, überzeugt davon, daß Deutschland, vom Revanchegedanken befeuert, nicht aufhört, sich zu organisieren und sich vorzubereiten, um mit List oder mit Gewalt die völlige oder teilweise Aufhebung des Versailler Vertrages zu erreichen, fordern die Regierung auf, über der Durchführung sämtlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages zu wachen.

## „Die Luftdrehzscheibe Europas“.

Das „Echo de Paris“ dehnt seinen Feldzug gegen die vorzeitige Rheinlandräumung auch auf eine

Untersuchung der Beziehungen zwischen Rheinlandbesetzung und militärischer Verwendung von Flugzeugen aus. Das Blatt kommt dabei zu dem Schluß, daß nur die Fortdauer der Rheinlandbesetzung eine wirksame Bombardierung des französischen Gebietes verhindern könne. Infolge des Deutschland auferlegten Verbotes, Militärflugzeuge zu unterhalten, habe Frankreich augenblicklich einen bedeutenden Vorsprung. Durch das dicke Netz seiner Luftvertebrlinien, das sich durch wirtschaftliche Notwendigkeit nicht rechtfertigen lasse, sei Deutschland die „Luftdrehzscheibe“ Europas geworden. Man müsse das Reich in der heftigsten Furcht erhalten, seine reichsten Gebiete und fruchtbarsten Ufer durch französische Granaten verwüstet zu sehen.

## Polen lehnt die Verhandlungen über Niederlassungs- und Ausweisungfragen ab?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Warschau, 17. Februar. Das polnische Außenministerium veröffentlicht am Mittwoch folgende offizielle Erklärung: Nachdem die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sich am 12. Februar zugespitzt haben, ist der polnischen Regierung eine Note der deutschen Regierung zugegangen, in der gefordert wurde, sofort Verhandlungen zur Regelung der Niederlassungs-, Ausweisung-, und Ausreisefragen einzunehmen. Die polnische Regierung mußte zu ihrem Bedauern diese Forderung ablehnen und zwar aus prinzipiellen Gründen. In Polen existieren allgemeine innere Gesetze, die die Fremdenfrage regeln. Diese Gesetze sind nach Ansicht der polnischen Regierung viel liberaler als die in Deutschland. Polen hat mit keinem anderen Lande besondere Verträge über die Niederlassung bzw. Ausweisung von Fremden und kann infolgedessen keine Ausnahme machen. Die polnische Regierung war zwar gewillt, das Niederlassungsrecht zu regeln und vertraglich festzulegen, jedoch nur im Rahmen des gesamten Handelsvertrages. Uebrigens haben die zweijährigen Verhandlungen diese Frage bereits einigermassen normiert. Auf ultimative Forderungen wird Polen nie eingehen. Auf dem Verhandlungswege aber ist Polen auch heute noch bereit, die Frage der Einreise, des Aufenthaltes und der Niederlassung zu lösen und steht immer zur Wiederaufnahme solcher Verhandlungen zur Verfügung. Ferner erklärt das Außenministerium, daß es während der zweijährigen Verhandlungen doch gelungen sei, einige Einzelfragen zu einem Abschluß zu bringen, von denen mehrere inzwischen sogar von den Parlamenten beider Länder ratifiziert worden seien. Auch bildeten sich einige Fragen trotz des Abbruchs der allgemeinen Verhandlungen weiter Gegenstand spezieller Konferenzen und zwar auf Grund bereits früher getroffener Vereinbarungen. So würden z. B. am Freitag in Berlin Verhandlungen über Options- und Bürgerrechtsfragen aufgenommen werden. Polnische Seite sei zur Führung dieser Verhandlungen Brakowski ernannt worden, der sich jetzt nach Berlin begeben. Wie am zuständigen Berliner Stelle erklärt wird, ist von einer polnischen Ablehnung der Verhandlungen zur Regelung der Niederlassungs-, Ausweisung-, und Ausreisefragen bisher noch nichts bekannt.

## Das Reich und seine Finanzen.

### Dr. Köhler vor dem Reichstage.

(279. Sitzung.) — Berlin, 16. Februar.  
Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung steht die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1927, in Verbindung mit dem Gesetzentwurf zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.  
Reichsfinanzminister Dr. Köhler erhielt sofort das Wort und betonte einleitend, daß der Haushaltsplan von seinem Vorgänger aufgestellt und von der neuen Regierung unverändert übernommen worden sei. Das Haushaltsjahr 1926 schloß mit einem kleinen Überschuss ab.

### Das Steuerminderungs-gesetz

habe zweifellos für die Wirtschaft eine belebende Wirkung gehabt. Die herabgesetzte Umsatzsteuer sei um 130 Millionen hinter dem in den Etat eingeschätzten Ertrag zurückgeblieben. (Hört, hört!) Das Argument, daß eine Herabsetzung der Steuerlast den Gesamtbeitrag der Steuern steigern könnte, hätte sich bei der Umsatzsteuer nicht bestätigt. Auch die als Wirkung der Verabschiedung erwartete Senkung der Preise sei nicht eingetreten. (Hört, hört!) Der Minister ging dann auf den Haushaltsplan für 1927 mehr ein und erklärte, tiefen- groß erhebe sich die

### geklärte Reparationslast.

den ganzen inneren Etat unheilvoll beeinflussend. Der Minister erklärte, daß die Gleichgewichtslage im ordentlichen Etat nur Scheinbar zu sein scheint. Daß die Einnahmehypothesen von starkem Wirtschaftsoptimismus getragen seien, finde seine volle Zustimmung, aber größere im Etat nicht vorhergesehene Ausgaben lauzierten im Hintergrunde. So müsse beispielsweise das Reich, falls, was sehr wahrscheinlich ist, das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht rechtzeitig zum 1. April zustande käme, die unterstützende Erwerbslosen-

unterstützung weiterentwickeln, wozu monatlich etwa 40 Millionen Mark notwendig seien. Der Minister erklärte weiter, daß in der Frage der allgemeinen Bezüge der Beamten und der Kriegsschadigten die wiederholt gemachte Forderung nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten zu genehmer Zeit beizulegen werden müsse. Das System der einmaligen Beihilfe solle unbedingt verlassen werden. Der Minister gebachte weiter der Vorklage der Kleinrentner. Das Jahr 1927 dränge eine Wirtschaftslage, die nicht ohne Sorge sei. Die Verlesung des Jahres 1926 habe sich bisher im wesentlichen noch gehalten. Man dürfe aber nicht übersehen, daß die Wirkungen, die vom englischen Reparaturstreik ausgegangen seien, ebenfalls wieder normalen Verhältnissen Plan machten. Die Zahl der Erwerbslosen sei noch immer gefährlich. Eine Wirtschaft mit

### 1 1/2 Millionen Arbeitslosen

sei von der Gesundung noch recht weit entfernt. Schließlich müsse das ausländische Kapital auch verzinst und wieder einmal zurückgezahlt werden. Vor allem aber bedeutete die rasch wachsenden Reparationsleistungen einen Strahlengang, der nicht ohne Wirkung bleiben könne. Diese von Gefahren nicht freie Lage erfordere in erster Linie eine überaus abschließende Behandlung der Steuerfragen. Die Reichsregierung sei entschlossen, ihre Politik durchaus nach diesem Leitgedanken einzurichten.

Der Minister lehnte eine Konsumtionspolitik ab. Die Reformgesetzgebung des Jahres 1925 auf dem Gebiete der Steuer müsse durchgeführt werden. Eine neue Beunruhigung der Wirtschaft dürfe nicht erfolgen. Was einzig geschehen müsse, sei eine wesentliche Vereinfachung der Gesetzgebung und des Verwaltungsvorganges.

Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft werde man darauf bedacht sein,

neue Steuerlasten überhaupt zu vermeiden. Nicht mehr verschleppbar seien Maßnahmen zur Vereinfachung